

duktion steht es aber schlecht, woran die Politikwissenschaft mit ihrer Ausrichtung einen Anteil hat. Die Reaktion eines mir im Übrigen durchaus wohlgesonnenen berühmten Kollegen unseres Faches, der diesen Schluß eines politiktheoretischen Buches "unwissenschaftlich" fand, hat mir damals und seitdem gezeigt, daß man mit dieser Art Plädoyer derzeit immer noch relativ auf "verlorenem Posten" steht.

Methodenausbildung in der Politikwissenschaft – Oder: Wie aus dem Aschenputtel eine Prinzessin werden kann

Kai-Uwe Schnapp, Nathalie Behnke, Joachim Behnke

(Sprecher der Ad-hoc-Gruppe "Empirische Methoden der Politikwissenschaft")

Nach wie vor ist die Methodenausbildung in Studiengängen der Politikwissenschaft häufig ein Stiefkind. Von Studenten und Lehrenden wird sie oft gleichermaßen als Übel erachtet, dessen Notwendigkeit von manchen gänzlich bestritten wird. Es gibt kein einheitliches Curriculum, die Anzahl an Semesterwochenstunden, die zur Verfügung gestellt werden, liegt zu oft unter dem Allernotwendigsten, und die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die vielfach anstelle eines Lehrstuhlinhabers mit der Lehre der Methoden beauftragt werden, müssen das Rad immer wieder neu erfinden. Wir sind der Meinung, dass die Methodenausbildung lange genug ein Aschenputteldasein geführt hat, und dass es an der Zeit ist, das Aschenputtel zur Prinzessin werden zu lassen. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld zu führen:

1. In der Politikwissenschaft als wissenschaftlicher Disziplin, auf die die politikwissenschaftlichen Studiengänge ja unter anderem auch vorbereiten sollen, ist die methodisch gestützte empirische Forschung seit langem auch in Deutschland auf einem hohen, international vergleichbaren Standard. Die Überzeugung, dass eine Sicherheit im Umgang mit den Methoden empirischer Forschung eine unverzichtbare Grundvoraussetzung ernstzunehmender wissenschaftlicher Erkenntnisse darstellt, wird nur noch selten ernstlich bestritten und gilt weithin als Selbstverständlichkeit. In dieser Hinsicht stellt die Forderung, der Methodenausbildung einen besseren curricularen Stellenwert zu verschaffen, nur eine längst überfällige Reaktion auf sich schon lange vollziehende Entwicklungen dar.
2. Akut bekommt außerdem das Nachdenken über die Methodenausbildung Nahrung durch die Einführung der gestuften Studiengänge, insbe-

D V

P W



Herbst 2004
Nr. 131

D V

P W



Herbst 2004
Nr. 131

sondere des Bachelor of Arts (BA). Mit ihrer Einführung müssen Lehrkonzepte an allen Instituten neu erarbeitet oder zumindest gründlich überarbeitet werden. Der BA hat explizit eine andere Zielsetzung als die bisher in der Politikwissenschaft vorherrschenden Abschlüsse Magister Artium und Diplom. Er soll praxisorientiert sein und die Absolventen unmittelbar auf einen Berufseinstieg vorbereiten. Diese Orientierung ist für viele Studienfächer zunächst einmal befremdlich und schwer einzulösen. In den Sozialwissenschaften sind Kenntnisse der Datenerhebungsmethoden und Statistik einige der wenigen unmittelbar praxisrelevanten Lehrinhalte. So zeigen Absolventenstudien (etwa Baumann et al. 1998), dass es vor allem Methodenkenntnisse bzw. zum Umfeld der Methodenausbildung gehörende Computerkenntnisse sind, die unmittelbare Berufsrelevanz haben. Wenn mit den BA-Studiengängen eine höhere Praxisorientierung als mit den hergebrachten Abschlüssen erreicht werden soll, ist eine Erhöhung des Methodenanteils an der gesamten Ausbildungszeit unvermeidlich. In die gleiche Richtung gehen Schlussfolgerungen einer Tagung der Sektion "Methoden" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Juli 2001 (Engel, 2002).

Diese Gründe haben die Ad-hoc-Gruppe "Empirische Methoden der Politikwissenschaft" bewogen, im Mai 2004 eine Tagung zum Thema "Curriculum und Didaktik der politikwissenschaftlichen Methodenlehre" durchzuführen. Auf dieser Tagung haben wir mit interessierten und betroffenen Kolleginnen und Kollegen darüber diskutiert, welche Inhalte für eine politikwissenschaftliche Methodenausbildung unter welcher Zielsetzung relevant sind und wie man diese Inhalte am besten in ein Curriculum umsetzen kann. Dieser Beitrag soll jedoch kein Tagungsbericht sein. Vielmehr wollen wir die Diskussion über das Forum unserer Tagung hinaus erweitern, denn wir sind der Meinung, dass dieses Thema nicht allein die Methodenlehrer betrifft, sondern auch alle anderen, die Politikwissenschaft lehren. In unsere hier vorgestellten Überlegungen fließen natürlich Erträge der zweitägigen Diskussion während der Tagung ein.¹ In diesem Beitrag wollen wir also Aschenputtel beim der Verwandlung zur Prinzessin helfen, indem wir

1. dafür plädieren, dass der Methodenausbildung im universitären politikwissenschaftlichen Curriculum ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Dies begründen wir, indem wir den aktuellen Zustand der Methodenlehre beschreiben und deutlich machen, warum hier Handlungsbedarf besteht;
2. generelle inhaltliche Anforderungen an eine politikwissenschaftliche Methodenausbildung formulieren. Wir wollen an dieser Stelle keinen de-

¹ An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Tagungsteilnehmern für die rege Diskussion bedanken. Besonderer Dank gilt denjenigen, die sich bereit erklärt hatten, mit eigenen Vorträgen Grundlagen für die Diskussion zu liefern.

taillierten Curriculumsvorschlag diskutieren. Ein solcher steht auf unserer Webseite zur Verfügung: <http://www.uni-bamberg.de/sowi/poltheory/meth/home.html>. Dieser Vorschlag wird an den Vorstand der DVPW für eine Curriculumsempfehlung der DVPW weitergereicht;

3. einige konkrete Vorschläge entwickeln, wie ein umfangreicheres und anspruchsvolles Methodencurriculum mit begrenzten Kapazitäten sinnvoll umgesetzt werden kann. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Einsicht, dass die Methodenausbildung, da sie eine Querschnittskompetenz vermittelt, in mehrfacher Hinsicht nicht nur die Zuständigkeit der Methodenlehrer, sondern eines gesamten Institutes sein muss.

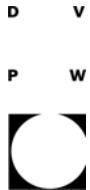
Methodenausbildung ist wichtig und wird immer wichtiger

Die Beiträge auf der Tagung haben bestätigt, dass ein großer und wachsender Bedarf an Absolventen politikwissenschaftlicher Studiengänge besteht, die über solide Kenntnisse empirischer Methoden verfügen. Hier ist zuerst der Bereich der Forschung zu nennen: In der universitären und außeruniversitären Forschung werden Kenntnisse in Statistik und qualitativen Methoden immer häufiger gefordert, etwa in Stellenausschreibungen, in Kriterienkatalogen für Fördermittel, für die Bewertung von Qualifikationsarbeiten oder auch für die Annahme von Zeitschriftenaufsätzen.

Auch im nichtwissenschaftlichen Bereich gibt es viele typische Arbeitsgebiete für Politologen, in denen Methodenkenntnisse gefordert werden. Generell bringt die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, die sich etwa in einer wachsenden Anzahl empirischer Untersuchungen in allen denkbaren Bereichen der Lebenswelt niederschlägt, die Anforderung mit sich, diese Studien richtig interpretieren und zusammenfassen zu können (Schnell 2002: 38). Besonders wichtig ist diese Fähigkeit in jeder Art wissenschaftlicher Beratungsfunktion, sei dies bei Parlamenten oder Regierungen, bei Verbänden, im Journalismus oder in Vermittlerrollen zwischen Wirtschaft und Politik.

Ein konkretes Beispiel für die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft ist die Evaluationsforschung, die gesellschaftlich und politisch an Bedeutung gewinnt (Schnell 2002: 38; DeGEval 2004). Hierfür werden spezifische methodische Kompetenzen benötigt, für die es bislang kaum eine systematische Ausbildung gibt, die aber wesentliche Elemente des "klassischen" Methodenkanons beinhalten (DeGEval 2004). Bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung eines Institutes kann hier ein wichtiges Tätigkeitsfeld für Absolventen politikwissenschaftlicher Studiengänge erschlossen werden

Nach wie vor ist einer der wichtigsten Arbeitsmärkte für Absolventen auch die Markt- und Meinungsforschung. Deren Umsatz wächst nach Aus-



Herbst 2004
Nr. 131

sagen von Vertretern der Branche allen ökonomischen Krisenerscheinungen zum Trotz (oder vielleicht gerade deswegen). Es ist und bleibt somit ein wichtiges Anliegen der Methodenausbildung, unsere Absolventen auch für dieses relativ krisensichere Arbeitsfeld (eines der wenigen in unserem Fach) auszubilden.

Den Befunden auf Seiten der Nachfrager nach Absolventen steht eine ernüchternde Diagnose gegenüber, was die Produktion von Absolventen anbelangt: Nach wie vor gibt es nur wenige methodisch qualifizierte Absolventen, jedenfalls weniger, als benötigt werden (vgl. als systematische Untersuchung hierzu Schnell 2002). Das mag sicher zum Teil an der Selbstselektion der Studienanfänger liegen, die typischerweise keine ausgeprägt mathematische Neigung haben. Es mag auch noch zum Teil daran liegen, dass paradigmatische Grabenkämpfe innerhalb der Zunft nach wie vor die Entwicklung und Einführung eines akzeptierten Methodenkanons behindern (Schnell 2002: 41-42). Das Hauptproblem dürfte aber darin bestehen, dass die Notwendigkeit einer umfangreichen und gründlichen Methodenausbildung bei curricularen Überlegungen noch nicht so weit ins Bewusstsein gedrungen ist, dass hierfür die notwendigen Kapazitäten an Semesterwochenstunden im Studienplan sowie an Lehrpersonal zur Verfügung gestellt werden. Dementsprechend ist die Methodenausbildung in vielen politikwissenschaftlichen Studiengängen noch nicht einmal mehr schmalspurig, sondern eher schon feigenblättrig zu nennen. Unter diesen Voraussetzungen mag es nicht verwundern, dass man methodisch versierte Absolventen immer noch mit der Lupe suchen muss.¹

Inhalte der politikwissenschaftlichen Methodenausbildung

Der erste Schritt, diesem Defizit entgegenzuwirken, sollte darin bestehen, sich zumindest auf *vergleichbare Curricula* im Lehrbereich Methoden zu verständigen. Ein solcher Standard ist auch wichtig, um Studierenden auch in Zukunft bei stärker differenzierten Studiengängen einen möglichst reibungslosen Wechsel des Hochschulortes zu ermöglichen. Ein Blick auf die Webseiten von Instituten für Politikwissenschaft zeigt bislang – sofern überhaupt Aussagen zur Methodenausbildung vorhanden sind – immerhin ein einheitliches Grundverständnis bezüglich der zu lehrenden Inhalte. Es zeigt sich aber auch, dass an vielen Orten gar keine eigene Methodenlehr-

¹ Wir wissen, dass diese Diagnose nicht auf alle politikwissenschaftlichen Studiengänge zutrifft. Einige Universitäten bilden hier seit Jahren löbliche Ausnahmen. Von dort rekrutieren sich typischerweise auch die wenigen heiß umkämpften Bewerber für Stellen inner- und außerhalb der Wissenschaft, die explizit mit Methodenkenntnissen ausgestattet sind.

D V

P W



Herbst 2004
Nr. 131

kompetenz vorhanden ist. Und selbst da, wo Inhalte dargelegt sind, werden keine Lernziele formuliert.

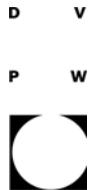
Die *Lernziele* müssen je nach der Art des Studienabschlusses natürlich unterschiedlich festgelegt werden. Wir gehen im Folgenden von dem ersten gestuften Studienabschluss Bachelor of Arts (BA) aus. Da der Großteil politikwissenschaftlicher Absolventen vermutlich in Zukunft mit dem BA abschließen wird, gebührt dieser Studienform besondere Aufmerksamkeit.

Im Rahmen des BA-Studiums kann das Lernziel der Methodenausbildung sinnvoller Weise nur auf der "*methodischen Alphabetisierung (Literacy)*" liegen, also auf der Vermittlung der Fähigkeit, empirische Forschungsergebnisse kompetent zu lesen und zu verstehen. Es kann hingegen nicht Ziel sein, die Absolventen eines allgemein politikwissenschaftlichen BA zu befähigen, eigenständig empirische Forschungsvorhaben durchzuführen. Dennoch sollten bereits in BA-Studiengängen Angebote eingeräumt werden, die tiefergehende Interessen befriedigen können, um damit Voraussetzungen für die Entwicklung einer eigenständigen Forschungsfähigkeit in einem weiterführenden Studiengang (MA) zu schaffen.

Ein Curriculum, das dem Erwerb der Literacy dient, sollte als *Komponenten* umfassen:

- die Vermittlung eines grundlegenden Verständnisses der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie sowie des Forschungsablaufes und dessen einzelner Schritte;
- die Vermittlung von Grundkenntnissen ausgewählter Erhebungsmethoden;
- die Vermittlung von Grundkenntnissen quantitativer und qualitativer Analyseverfahren;
- ein in die Studentafel integriertes Forschungspraktikum.

Bei der Auswahl der zu lehrenden *Erhebungstechniken* und *-methoden* besteht das Problem, dass Studienplan und Lehrkapazität zumeist eine ausführliche Einführung in verschiedene Erhebungsmethoden nicht zulassen. Will man trotzdem ein solides Verständnis der Möglichkeiten und Probleme empirischer Forschung vermitteln, muss man sich darauf beschränken, wenige ausgewählte Verfahren exemplarisch zu behandeln. Die Wahl der zu lehrenden Verfahren der Datenerhebung muss natürlich zunächst von den inhaltlichen Schwerpunkten des jeweiligen Institutes abhängen. Wo die inhaltliche Ausrichtung des Lehrprogramms eine Festlegung nicht ausreichend stützt, kann die *Befragung* als exemplarische Methode gelehrt werden, da diese aus einer Reihe von Gründen für die Vermittlung von Basiswissen besonders geeignet ist. Zum einen werden Befragungstechniken in vielen Berufsfeldern benötigt, die für politikwissenschaftliche Absolventen in Frage kommen. Im Sinne der Berufsqualifizierung ist es daher sinn-



Herbst 2004
Nr. 131

voll, die Studenten mit diesem Bereich der empirischen Forschung eingehend vertraut zu machen. Zum anderen gibt es sowohl weit entwickelte offene als auch standardisierte Befragungstechniken, so dass an einer Gruppe von Techniken verschiedene Abstufungen eher standardisierten oder eher qualitativen Vorgehens illustriert werden können.

Dass Grundkenntnisse in *Statistik* notwendig für eine methodische Lesefähigkeit sind, bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Nicht nur der Mainstream empirischer Forschung, sondern auch Expertisen oder Gutachten, auf die man in universitätsfernen Berufsfeldern stößt, machen ganz überwiegend zumindest Gebrauch von einfachen statistischen Prozeduren. Deren textliche Auswertung kann man nicht verstehen, und schon gar nicht kompetent interpretieren und beurteilen, wenn man nicht einige grundlegende Konzepte der deskriptiven und schließenden Statistik beherrscht.

Ein Punkt, der bislang in der Lehre weitgehend vernachlässigt wird, ist die *amtliche Statistik* (Müller 2002). Sie ist aber gerade für Politikwissenschaftler von großer Bedeutung, da sowohl die Forschung wie auch viele politikt nahe Tätigkeitsfelder tagtäglich mit Ergebnissen der Arbeit der amtlichen Statistik konfrontiert sind. Hier ein angemessenes Verständnis für das Zustandekommen der Zahlen, für geeignete Auswertungsverfahren und für Möglichkeiten und Grenzen der Interpretation zu entwickeln, muss ein zentrales Anliegen der Methodenlehre sein.

Die Vermittlung *praktischer Erfahrung* ist von hoher Bedeutung für den Lernerfolg in der Methodenausbildung. Eine gute Möglichkeit, diese Erfahrung zu vermitteln, besteht in Methodenpraktika, die in die Studentafel integriert sind und vorrangig im Rahmen des Studiums oder der Forschungstätigkeit der Institute angesiedelt werden sollten. Außeruniversitäre Methodenpraktika sind unseres Erachtens nur eine Alternative, wenn ohne großen Aufwand ein angemessener Methodenbezug und Umfang sowie eine ausreichende Betreuung und die erforderliche Abnahme von Prüfungsleistungen sichergestellt werden kann. Um inneruniversitär ausreichend viele Möglichkeiten für Methodenpraktika bieten zu können, müssen alle Lehrstühle eines Institutes in die Ausrichtung dieser Praktika einbezogen werden. Der Aufwand, der für die Lehrenden mit inneruniversitären Praktika verbunden ist, lässt sich leicht in einen beiderseitigen Vorteil verwandeln. Während die Studenten Einblicke in den Forschungsalltag gewinnen und Erfahrungen mit der Anwendung empirischer Methoden zur Beantwortung einer konkreten Forschungsfrage sammeln, können die Lehrstühle auf diesem Wege wissenschaftlichen Nachwuchs rekrutieren und fördern und Forschungsressourcen mobilisieren, die anderweitig nicht verfügbar wären.

D V

P W



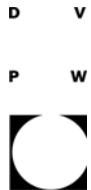
Herbst 2004
Nr. 131

In allen Komponenten der Methodenlehre sollte darauf geachtet werden, dass weder das *quantitative* noch das *qualitative* Vorgehen einseitig bevorzugt wird. Erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch lässt sich ohnehin empirisches Arbeiten nur sinnvoll als mehrdimensionaler Raum interpretieren, dessen einzelne Dimensionen jeweils durch das eine Ende des vollständig standardisierten und das andere Ende des völlig offenen Vorgehens geprägt sind. Dass bei Datenerhebungsmethoden am Beispiel der Befragung dieses Nebeneinander und die fließenden Übergänge besonders gut illustriert werden können, haben wir bereits ausgeführt. Bei den Auswertungsverfahren hingegen plädieren wir für eine Schwerpunktbildung bei den statistischen Verfahren, um das erste Ziel der Methodenausbildung, eine kompetente Lesefähigkeit zu vermitteln, zu erreichen. Gut aufbereitete und dokumentierte qualitative Studien kann man auch begreifen und nachvollziehen, wenn auch nicht in jedem Falle kritisch beurteilen, wenn man nicht einschlägig vorgebildet ist. Statistische Analysen fordern dagegen schon für die sachgerechte Interpretation, von einer kritischen Aneignung ist noch gar nicht zu reden, unbedingt eine einschlägige Vorbildung. Dennoch halten wir die Einführung in mindestens eine qualitative Analyse-methode ebenfalls für unerlässlich, da qualitative Verfahren gegenwärtig durch eine Professionalisierung ihrer Anwendung und Vermittlung (Mruck 2000) deutlich an Renommee und inhaltlicher Bedeutung gewinnen. Letztere Forderung formulieren wir in dem Wissen, dass dafür oft gar nicht die entsprechend qualifizierten Lehrkräfte vorhanden sind.

Wichtig ist also im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Methodenlehre, dass ein Gleichgewicht von quantitativen und qualitativen Methoden der Datenerhebung sowie eine Ergänzung der Statistik um Methoden und Theorien der qualitativen Datenanalyse angestrebt werden. Dies setzt voraus, dass zukünftig mehr Lehrkompetenz für nichtstandardisierte Erhebungsmethoden und entsprechende Analyseverfahren aufgebaut wird. Eine differenzierte Schwerpunktbildung der Institute ist zur Sicherung und Entwicklung methodischer Vielfalt hierbei durchaus wünschenswert.

Umfang der Methodenausbildung und erforderliche Lehrkapazitäten

Den oben unterbreiteten Vorstellungen über die inhaltliche Gestaltung der Methodenausbildung entsprechend ist davon auszugehen, dass für die Methodenlehre zehn, besser sogar zwölf Semesterwochenstunden (Kontaktstunden) zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein Umfang von zwölf SWS wird auch innerhalb der soziologischen Methodenausbildung für nicht unterschreitbar gehalten. So fordert Schnell (2002: 36) zwölf SWS als absolutes Minimum, für die Herausbildung eigenständiger Forschungsfähigkeit sei noch weit mehr erforderlich. Meulemann (2002: 48) bezeichnet



Herbst 2004
Nr. 131

sechzehn SWS als praktizierten "Standard" in der Soziologie (Diplomstudiengänge), fügt aber später hinzu, dass der Wechsel auf den BA als Abschluss Verkürzungen erfordern wird (am praktischen Beispiel von Düsseldorf auf zwölf SWS) (ebd.: 63).

Zwölf SWS für die Methodenausbildung sind in der Politikwissenschaft zugleich als das inhaltlich erforderliche Minimum und als das praktisch umsetzbare Maximum anzusehen. Dass zwölf SWS inhaltlich ein Minimum darstellen, wird deutlich, wenn man die einzelnen Komponenten der Lehre einschließlich des Forschungspraktikums betrachtet. Dass zwölf SWS auf der anderen Seite ein praktisches Maximum sind, ergibt sich einerseits aus der Struktur eines BA und andererseits mit Blick auf die Lehrkapazitäten. Da in einem BA in nur sechs Semestern alle relevanten Inhalte vermittelt werden müssen, konkurrieren die Methoden massiv um knappe Zeitressourcen im Studienplan. Und die Lehrkapazitäten, zwölf SWS Methodenlehre überhaupt anzubieten, dürften in den wenigsten Instituten vorhanden sein.

Eine Möglichkeit, Kapazitäten zu schaffen, besteht – insbesondere bei multidisziplinären Studiengängen – darin, die Zusammenarbeit mit der Methodenausbildung anderer Fächer zu intensivieren. Der Methodenkanon in der Soziologie ist dem in der Politikwissenschaft in hohem Maße ähnlich, aber auch Statistikveranstaltungen im Rahmen von wirtschaftswissenschaftlichen oder Informatikstudiengängen können für die Sozialwissenschaften sinnvoll genutzt werden. Das Gleiche trifft auf die Einführung in die Benutzung bestimmter Software zu, die möglicherweise in anderen Fächern angeboten wird. Bei aller Nutzung fachfremder Angebote soll aber darauf geachtet werden, ein Minimum eigener Methodenlehrkapazität zu erhalten oder, wo nicht vorhanden, zu schaffen, um zumindest partiell Methoden direkt an politikwissenschaftlichen Problemen vermitteln zu können.

Neben der Kooperation mit anderen Fächern sollte zweitens verstärkt darauf geachtet werden, dass in möglichst vielen politikwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen die Anwendung empirischer Methoden an konkreten Forschungsfragen vermittelt wird. So wäre insbesondere die methodisch-kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen empirischer Arbeiten zu fördern. Dies schafft zum einen Verständnis für Anwendungsweise und Nutzen empirischer Methoden bei den Studierenden, zum anderen wird das bereits Gelernte geübt und vertieft.

Drittens sollte über Möglichkeiten nachgedacht werden, dauerhaft Partner für Lehraufträge außerhalb der Universität zu suchen. In Frage kommen hier etwa Vertreter von Umfrageinstituten oder von statistischen Ämtern. Der Vorteil einer solchen Lösung besteht zweifelsfrei im großen

D V

P W



Herbst 2004
Nr. 131

Praxisbezug. Ein Nachteil könnte die Schwierigkeit der Qualitätskontrolle dieser "eingekauften" Veranstaltungen sein.

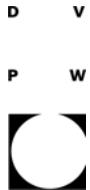
Viertens sollten zukünftig mehr Professuren für Methoden ausgeschrieben werden. Darüber hinaus sollte bei Lehrstuhlbesetzungen besonders dort verstärkt auf das Vorhandensein von Methodenkompetenz bei den Bewerberinnen und Bewerbern geachtet werden, wo die Einrichtung eigenständiger Methodenprofessuren nicht möglich ist. Denn nur bei umfassender Einbeziehung der Kapazitäten eines ganzen Lehrstuhls in die Methodenausbildung kann langfristig der wachsende Lehrbedarf und Betreuungsaufwand mit ausreichender Qualität gedeckt werden.

Schlussfolgerungen

Um den Stellenwert und die Qualität der Methodenausbildung zu verbessern, müssen die Anzahl der Lehrveranstaltungen deutlich angehoben und ein einheitlicher Grundkanon geschaffen werden. Daneben kann nicht oft genug unterstrichen werden, dass die Methodenausbildung die Angelegenheit eines ganzen Institutes sein muss und nicht nur auf die Methodenlehrer beschränkt sein darf. In Lehrveranstaltungen, Forschungsprojekten und Praktika muss immer wieder die konkrete Anwendung empirischer Methoden an Forschungsfragen aufgezeigt, illustriert und eingeübt werden. Um diese Forderung umsetzen zu können, ist eine Ausrichtung der Methodenausbildung am inhaltlichen Profil eines Institutes unerlässlich. Nur so kann langfristig eine ausreichende Menge methodisch qualifizierter Absolventen herangebildet und das negative Image der Methoden aufgebessert werden.

Der Weiterbildung für die Methodenlehrenden muss eine hohe Priorität eingeräumt werden. Das gilt nicht nur für das Erlernen ausgefeilter statistischer Verfahren, besondere Aufmerksamkeit gebührt auch dem Umgang mit der amtlichen Statistik und prozessgenerierten Daten, sowie nicht-standardisierten Erhebungsmethoden und entsprechenden Auswertungsverfahren.

Um die Kapazitätslücken zu schließen, müssen Lehrpotenziale außerhalb der politikwissenschaftlichen Institute genutzt werden. Die Suche nach Synergie-Effekten sollte gezielt eingesetzt werden. Ergänzend hierzu lässt sich überlegen, inwieweit es sinnvoll ist, mit neuen oder nicht regulären Lehrformen zu experimentieren, etwa mit Online-Seminaren, Blockseminaren oder "Case-Teaching"¹, einer Veranstaltungsform, bei der Beispiele aus der datenbasierten Politikberatung erarbeitet werden.



Herbst 2004
Nr. 131

¹ Siehe mit hervorragend aufbereiteten Lehrbeispielen, von denen einige explizit auf die Nutzung und Entwicklung von Methodenkenntnissen zielen: www.hallway.org.

Literatur

Baumann, Thomas, Manfred Garhammer, Detlev Lück, Marina Rupp, 1998: Bamberger Absolventenstudie. Ergebnisse einer Befragung der Absolventen der Bamberger Soziologie 1997/1998. Manuskript, Bamberg.

DeGEval - Deutsche Gesellschaft für Evaluation, 2004: Empfehlungen für die Aus- und Weiterbildung in der Evaluation. Alfter: Deutsche Gesellschaft für Evaluation. Verfügbar über

<http://www.degeval.de/ausbildung/DeGEval%20Broschuere%20Empfehl1.pdf> [Datum des Zugriffs: 10. August 2004].

Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.

Meulemann, Heiner, 2002: Die empirische Sozialforschung in der soziologischen Ausbildung und der Berufspraxis der Soziologen. In: Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 45-67.

Mruck, Katja (unter Mitarbeit von Günter Mey), 2000: Qualitative Sozialforschung in Deutschland [54 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal], 1(1). Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00mruckmey-d.htm> [Datum des Zugriffs: 10. März 2004].

Müller, Walter, 2002: Konsequenzen für die Methodenausbildung aus dem Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. In: Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 79-96.

Sahner, Heinz, 2002: Zum Verhältnis quantitativer und qualitativer Sozialforschung und den Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses. In: Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 69-71.

Schnell, Rainer, 2002: Ausmaß und Ursachen des Mangels an quantitativ qualifizierten Absolventen sozialwissenschaftlicher Studiengänge. In: Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 35-44.

Wiegand, Erich, 2002: Qualitätskriterien der Umfrageforschung. Konsequenzen aus der Denkschrift der DFG. In: Engel, Uwe (Hrsg.), 2002: Praxisrelevanz der Methodenausbildung. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 105-108.

D V

P W



Herbst 2004
Nr. 131